

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:  
Erich Klringhaus, Berlin.  
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8  
Druckanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abnahme beiderseits 4 Wochen vor dem Druckantritt, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 1. August 1931

Sozialdemokratisches  
Amsterdam

Risiko ohne Einfluss ?

Wo bleibt die staatliche Kontrolle der Banken?

SPD. Die 300 Millionen Mark, die das Reich der Dresdener Bank gegen Ueberlassung von Vorzugsaktien zur Verfügung stellen wird, will die Reichsregierung durch Herausgabe von Reichsschatzanweisungen aufbringen. Abgesehen davon, dass hier mit kurzfristigem Geld auf lange Sicht gearbeitet wird, sind es wieder einmal gewaltige Summen öffentlicher Gelder, die aufgebracht werden, um ein privates Unternehmen zu retten. Die Konkursstatistik für den Monat Juli weist nicht weniger als 1013 Konkurse auf. Sicherlich sind unter den zusammengebrochenen Unternehmungen auch solche, die man als Opfer der gegenwärtigen Krise ansprechen muss. Hunderte von Existenzen werden vernichtet. Das gilt für Unternehmer, Arbeiter und Angestellte zugleich. In 1013 Fällen hat der Staat keinen Finger gerührt. Das Schicksal vollzieht sich, ohne dass sich jemand darum kümmert. Die Dinge scheinen gegenwärtig in Deutschland überhaupt so zu liegen, dass es nicht genügt, wenn man nur überschuldet ist, man muss schon recht tief in der Tinte stecken, wenn man damit rechnen will, dass der Vater Staat helfend eingreift.

Man muss sich darüber klar sein, dass auch die Hilfe des Reiches eine Grenze hat. Die staatlichen Hilfsaktionen der letzten Tage, die die finanziellen Kräfte des Reiches ausserordentlich anspannen und Schulden auf Schulden häufen, können selbstverständlich nicht ins Uferlose getrieben werden. Man wird sich bald zu überlegen haben, wie weit das Reich mit gutem Gewissen noch gehen kann. Gewiss, man kann für die Rettungsaktionen, wie z.B. bei der Dresdener Bank anführen, dass es Pflicht des Staates ist, das Wirtschaftsleben vor Erschütterungen zu bewahren, wie sie der Zusammenbruch derartig weitverzweigter Kreditinstitute auslöst. Wenn aber der Staat schon eingreifen muss, dann sollte es wenigstens ganz selbstverständlich sein, dass dabei nur volkswirtschaftliche Interessen ausschlaggebend sein können. Nur die Abwendung volkswirtschaftlicher Katastrophen rechtfertigt eine Verwendung öffentlicher Gelder und es ist selbstverständlich, dass die Gründe, die die Regierung in den letzten Tagen zum Einschreiten bewogen haben, der parlamentarischen Kontrolle unterworfen werden müssen. Nur durch die objektive Kontrolle des Parlaments kann Missbrauch vermieden werden.

Aber damit nicht genug. Der Privatkapitalismus, der jahrelang gegen diesen Staat getobt hat und ihm Verschwendung vorwarf, während sich die Dinge in der privaten Wirtschaftsführung zur unabwendbaren Katastrophe entwickelten, muss sich darüber klar sein, dass mit der Hilfsaktion des Reiches ganz bestimmte Verpflichtungen verbunden sind. In der Privatwirtschaft ist es in jedem Fall üblich, dass der Geldgeber über die Verwendung seines Geldes eine Kontrolle verlangt und auch erhält. Dieser gesunde Grundsatz muss auch im Verhältnis zwischen Staat und Banken gelten. Der Staat muss ein ins Einzelne gehendes Kontrollrecht erhalten und der Staat muss den Willen haben, diese Kontrolle rücksichtslos und brutal auszuüben. Öffentliche Gelder erfordern die

gleiche Obhut und Pflege wie Privatgelder. In Bankkreisen ist man darüber allerdings etwas anderer Ansicht. So hatten sich die Herren Grossbankiers diese Hilfe des Reiches für die Danat- und die Dresdener Bank ursprünglich so vorgestellt, dass das Reich diesen Banken langfristige Darlehen gewähren sollte. Die Sache wäre wahrscheinlich auch so gekommen und man hätte ein langfristiges Darlehen nach dem andern verwirtschaftet, wenn nicht die von der Reichsregierung berufenen und zur Zeit mit der Prüfung der deutschen Finanzlage beschäftigten ausländischen Sachverständigen entschieden von der Gewährung langfristiger Kredite an die illiquiden Banken abgeraten und für eine Einflussnahme des Reiches auf diese Banken plädiert hätten. Die Folge war, dass die Beteiligung des Reiches bei der Dresdener Bank durch die Schaffung von Vorzugsaktien beschlossen worden ist.

Diese Massnahme ist keineswegs als Ideallösung zu betrachten. Umsomehr fordern wir, dass das Reich, das künftig drei Viertel des Kapitals der Dresdener Bank repräsentiert, während die Aktionäre nur noch ein Viertel vertreten, die ihm unter dem Zwang der Verhältnisse eingeräumte Position schonungslos ausnutzt. Inzwischen haben Vorstand und Verwaltungsrat der Dresdener Bank der Reichsregierung ihre Ämter zur Verfügung gestellt. Aber noch haben sich Herr Brüning und das Kabinett nicht entschliessen können, diesen Rücktritt zu bestätigen. Als die Danatbank seinerzeit illiquide wurde und das Reich einsprang haben auch Herr Goldschmidt und seine Aktionäre ihre Ämter zur Verfügung gestellt. Aber Goldschmidt und sein Aufsichtsrat sitzen immer noch da, wo sie bisher gesessen haben. Man ist immer noch mit der Illusion behaftet, dass auf die "alte Leitung" nicht verzichtet werden kann. Aber man kann schon verzichten wenn man will und deshalb fordern wir, dass in Unternehmungen wie die Dresdener Bank, die heute dem Reich gehören, ausschliesslich Männer des Reiches gesetzt werden und die Verantwortung für Reichsgelder nicht länger solchen Leuten überlassen wird, die schliesslich nur von der Sorge getragen sind, aus der Pleite möglichst viel zu retten. Der Dumme dabei kann nur das Reich, können nur die Steuerzahler sein.

Als die Reichsfinanzminister der Republik in den letzten Jahren des öfteren gezwungen waren, an die Banken heranzutreten und sie um Kredite zu ersuchen, hat man das Reich alles andere als mit Glacéhandschuhen angefasst. Wir wünschen nicht, dass die Reichsregierung Vergeltungspolitik treibt. Aber wenn sie morgen die Position, die nach der ganzen Entwicklung durch die Reichsbeteiligungen bei einzelnen Banken nun einmal gegeben ist, in gebührender Form ausnutzt, dann geschieht das im Interesse des Reiches und seiner Steuerzahler. Die Situation ist die, dass es jetzt gilt, den Fiskus vor einigen Aktionären zu schützen und das geschieht, indem das Reich nicht nur die Verantwortung für diese Aktionäre, sondern auch ihre bisherige Rolle übernimmt.

SPD. München, 1. August (Eig. Drahtb.)

In dem Weilheimer Prozess gegen nationalsozialistische Versammlungssprenger und Landfriedensbrecher wurden am Sonnabend sämtliche Angeklagten, soweit ihnen Landfriedensbruch zur Last gelegt wurde, freigesprochen. Nur der Postassistent Ibler wurde wegen Verletzung des Telegraphengeheimnisses zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt. Ausserdem erhielt ein 18jähriger SA-Führer wegen gefährlicher Körperverletzung 3 Wochen Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte insgesamt 120 Monate Gefängnis für die nationalsozialistischen Rowdies beantragt. Die 6 mitangeklagten Reichsbannerleute musste das Gericht notgedrungen ermassenebenfalls freisprechen. Selbst der Staatsanwalt hatte ihre Schuldlosigkeit als erwiesen erklärt und Freisprechung beantragt.

Das Urteil ist unhaltbar und in seiner Begründung ausserordentlich widerspruchsvoll. Wohl macht sich das Gericht sämtliche Argumente des Anklagevertreters und insbesondere des sozialdemokratischen Verteidigers zu eigen. Es hat es aber geflissentlich unterlassen, daraus auch die erforderlichen Schluss-

folgerungen zu ziehen. Dass die Aufforderung der Hitler-SA zum Versammlungsbesuch in Form eines Sturmbefehls erfolgte und als streng vertraulich bezeichnet war, ist dem Gericht gleichgültig. Die Bezeichnung "Sturmbefehl" sei nicht als ein Befehl zum Sturm, sondern als Befehl an den Sturm 55 aufzufassen. Die Befehlsform sei bei Einladungen der Nationalsozialisten die allgemein übliche. Eine Argumentation, die das Gericht ausschliesslich aus den Aussagen der Angeklagten herleitet, wie es ja auch zugibt, den Tatbestand fast restlos nur auf Grund der eigenen Angaben der Angeklagten festgestellt zu haben.

Den angeklagten Reichsbannerleuten musste das Gericht zubilligen, dass sie als Saalschutz das Hausrecht des sozialdemokratischen Versammlungsleiters ausgeübt hatten.

SPD. Dieser Tage hielt die Deutsche Volkspartei in Aachen eine Versammlung für den Volksentscheid ab. Es war am Freitag, am Abend des gleichen Tages, an dem sich der volksparteiliche Reichsaussenminister vor ausländischen Journalisten gegen den Volksentscheid aussprach und der Hoffnung Ausdruck gab, dass diese mit allen Mitteln der Lüge und Hetze in Szene gesetzte Aktion, nicht zum Erfolge führe.

Einer der Redner in der volksparteilichen Versammlung war der frühere Reichswehroffizier Oberst a.D. Gilsa-Sterkrade. Er befasste sich u.a. mit den Kommunisten, die er als "verrückte Hunde" bezeichnete, "deren Hilfe man sich jetzt zwar gefallen lasse, mit denen man aber später noch gründlich abrechnen werde." Nach diesem Fusstritt für Thälmann und Genossen führte der Aachener Stahlhelmführer Dr. Busch wörtlich u.a. folgendes aus :

"Man wird, wenn der Volksentscheid gelingt, zu Hungerlöhnen arbeiten müssen. Der 12 Stunden-Tag wird Tatsache werden. Die Arbeitsdienstpflicht wird bis zur letzten Konsequenz durchgeführt. Man wird wieder lernen müssen, Schwarzbrot zu essen. In den Arbeitslagern wird man sich mit 20 Pfennigen Stundenlohn begnügen müssen. Man wird die Männer zur Zwangsarbeit in die Fabriken führen."

Die völlige Rechtlosmachung der Arbeiterschaft - das ist der Sinn des Volksentscheids vom 9. August. Wer bisher noch daran gezweifelt hat, der dürfte durch die dankenswerte Offenheit des Aachener Stahlhelms endlich eines anderen belehrt worden sein. Und in dieser Front zur Rechtlosmachung der Arbeiter steht mit den Stahlhelmisten und den Schwerindustriellen von der Volkspartei die KPD!

SPD. London, 1. August (Eig. Drahtb.)

Die Bank von England gibt bekannt, dass die Bank von Frankreich und die Federal Reserve-Bank von New York ihr einen Kredit in Höhe von 50 Millionen Pfund Sterling zu gleichen Teilen zur Verfügung gestellt haben.

Das Schatzamt kündigt gleichzeitig an, dass es die Bank von England ermächtigt habe, den ungedeckten Notenumlauf für die Dauer von 3 Wochen auf 15 Millionen Sterling zu erhöhen. Diese Erhöhung des ungedeckten Notenumlaufs um 15 Millionen Pfund Sterling ist infolge der Goldabzüge und der Steigerung des Notenumlaufs notwendig geworden. Wie der letzte Bankausweis der Bank von England zeigte, war der gedeckte Notenumlauf auf 392 Millionen gestiegen und die Golddeckung so gesunken, dass nur noch 132 Millionen Pfund gedeckt waren. Da das Bankgesetz von 1928 die Grenze für die Ausgabe ungedeckter Noten auf 260 Millionen festgesetzt hat, war eine besondere Ermächtigung des Schatzamtes nötig. Man hofft, dass der Goldbestand der Bank von England sich in den nächsten drei Monaten so vermehrt haben und der Notenbedarf so zurückgegangen sein wird, dass die Bank von England dann die Ermächtigung des Schatzamtes nicht mehr benötigt.

In der City begrüsst man das Zustandekommen des Kredits für die Bank von England als einen Fortschritt in der Zusammenarbeit der Notenbanken und als die Vorbedingung für eine finanzielle Hilfe an Deutschland. Die Bank von England sei nunmehr in der Lage, den Häusern in der City beizustehen, damit sie ihre in Deutschland investierten Gelder "stillehalten".

SPD. Amtlich wird mitgeteilt :

"Um jeden Zweifel zu beheben, dass die Dresdner Bank in der Lage ist, auch nach Wiederaufnahme des vollen Zahlungsverkehrs ihre Funktionen zu erfüllen und ihren Einlegern die höchste bankmässige Sicherheit zu bieten, beteiligt sich die Reichsregierung an der Dresdner Bank mit einem volleingezahlten Kapital von 300 Mill.Rm. Das Reich übernimmt zu diesem Zweck 300 Mill. RM.Vorzugsaktien, die mit einer kumulativen Vorzugsdividende von 7 vom Hundert ausgestattet sind. Da die Zustimmung des Aufsichtsrates zu der Schaffung der Vorzugsaktien am Sonnabend erfolgt ist, und die Mehrheit für die Durchführung der Beschlüsse durch die Generalversammlung gesichert ist, stellt das Reich die für den Bezug der Vorzugsaktien erforderlichen Mittel der Dresdner Bank schon jetzt zur Verfügung.

Die Vorstandsmitglieder der Dresdner Bank haben im Hinblick darauf, dass der weitaus grösste Aktienbesitz sich beim Reich befinden wird, dem neuen Grossaktionär die Bereitwilligkeit erklärt, ihre Ämter zur Verfügung zu stellen. Das Reich hat sich seine Entscheidung hierzu vorbehalten.

SPD. Paris, 1. August (Eig. Drahtb.)

In den letzten Tagen haben in Paris wiederholt Besprechungen zwischen französischen und deutschen Bankiers stattgefunden. Die Verhandlungen bezogen sich auf die Bildung eines französischen Stillhaltekonsoortiums.

Die bisherigen Besprechungen hatten die Einsetzung einer Kommission zur Folge, die aus drei französischen Bankiers, darunter einem Vertreter der Pariser Bank und einem Vertreter der Bank für den Aussenhandel, besteht. Die nächste Sitzung der deutschen Bankiers mit den Vertretern der französischen Banken wird am Donnerstag stattfinden. Dieser verhältnismässig späte Termin wurde gewählt, weil der Präsident der Bank von Frankreich sich zur Zeit in Basel befindet, wo er mit Reichsbankpräsident Dr. Luther eine eingehende Besprechung über die Finanzlage Deutschlands haben wird.

SPD. Der Reichskanzler und der Reichsaussenminister werden am Mittwoch zum Besuch der italienischen Regierung von Berlin nach Rom reisen. Der Aufenthalt in Rom soll zwei Tage dauern, sodass der Reichskanzler und der Reichsaussenminister am Montag der nächsten Woche wieder nach Berlin zurückkehren.

In dem Besuchsprogramm ist u.a. ein Empfang des Reichskanzlers durch den Papst vorgesehen.

SPD. Paris, 1. August (Eig. Drahtb.)

Eine Delegation Berliner Sozialdemokraten, die sich auf einer Reise durch Frankreich befindet, legte am Sonnabend im Namen des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am Grabe des unbekanntem Soldaten einen Kranz nieder. Der Kranz trägt eine schwarz-rot-goldene Schleife mit einer Inschrift, in der u.a. die Worte verzeichnet sind: "Es lebe Frankreich, es lebe Deutschland".

SPD. Hannover, 1. August (Eig. Drahtb.)

Der sozialdemokratische "Volkswille" meldet am Sonnabend unter der Überschrift "Wollen die Nazis putschen?" folgendes :

"Die Nationalsozialisten haben am Sonnabend früh um 6 Uhr ihre SA-Leute aus den Betten geholt und in Alarmlokale versammelt. Von dem Parteihaus in der Georgstrasse aus wurden diese Leute in den einzelnen Unterküften verpflegt. Zu einem Teil sind die SA-Leute in Uniform erschienen. Die Nationalsozialisten wollen anscheinend eine Generalprobe zu einem Putsch veranstalten und feststellen, auf wieviele Leute sie sich im Eventualfalle verlassen können. Interessant ist, dass auch die nationalsozialistische Kraftverkehrsstaffel alarmiert worden ist, offenbar um im gegebenen Falle die Führer in Sicherheit bringen zu können. Auch ein sogenannter Fliegersturm liegt in Alarmbereitschaft. Dieser Sturm besteht anscheinend aus Studenten, die versuchen wollen, die Flugzeuge der Technischen Hochschule für die Nazi-Partei zu benutzen. Die Polizei ist über die Massnahmen der Nationalsozialisten im Bilde."

-----

SPD. Die Reichsleitung der NSDAP hat an ihre Gauführer die Anweisung ergehen lassen, über alle einigermaßen wichtige Vorgänge in der Reichswehr und der Polizei zu berichten und vor allem genaue Angaben über die Einstellung der Reichswehr- und Polizeioffiziere zu machen. In der betreffenden Anordnung der nationalsozialistischen Reichsleitung heisst es darüber wörtlich :

"Wie ist das Verhältnis und die Stimmung des Bahn- und Post-Personals? Politische Einstellung des Bezirksamts-Vorstandes, der Bürgermeister in den einzelnen Gemeinden, der Provinz- und Lokalpresse, der Pfarrer beider Konfessionen? Vorgänge und Absichten innerhalb der Wehrverbände (Reichsbanner, Rotfront, Stahlhelm, Oberland), sog. heimatlicher, christlicher und jüdischer Organisationen (Logen, Geheimorden, Heimatschutz)?"

Auf Grund dieser Anordnung sind bei der Reichsleitung der NSDAP in München zahlreiche Berichte eingegangen, in denen über die Gesinnung von Reichswehr-Kommandeuren, denen ihnen nachgeordneten Offizieren und ebenso über die "Zuverlässigkeit" der Mannschaften - Zuverlässigkeit selbstverständlich im Sinne der NSDAP - eingehende Feststellungen gemacht werden. Berichte ähnlichen Inhalts sind der Reichsleitung der NSDAP in München über Offiziere und Mannschaften von Polizeigruppen im Reich zugegangen. Die Preussische Staatsregierung, das Bayerische Kabinett und die Reichsregierung haben von diesen Berichten zum Teil Kenntnis erhalten und bereits das Erforderliche veranlasst.

Die Anordnung zur Spionage in der Reichswehr und in der Polizei zeigt von neuem, was von den Legalitätsbeteuerungen der Hitler-Partei zu halten ist. Sie hat keinen anderen Zweck, als den gewaltsamen Umsturz vorzubereiten. Ihr Erlass und ihre Ausführung bedeuten deshalb Hochverrat. Zuständig dafür ist der Oberreichsanwalt!

-----

SPD. Amsterdam, 1. August (Eig. Drahtb.)

Vor dem Haager Ständigen Internationalen Gerichtshof begann am Sonnabend der österreichische Vertreter Dr. Kaufmann seine Replik zur Zollunion. Auf Grund aller bisherigen Debatten glaubte er eine wesentliche Annäherung zwischen den verschiedenen Standpunkten hinsichtlich der Bedeutung des Textes des Vertrages von St. Germain und des Genfer Protokolls von 1922, soweit die Frage der Unabhängigkeit Österreichs in Betracht kommt, feststellen zu können. Die Rede wird am Montag fortgesetzt werden.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt:

In den Stillhalteverhandlungen über kurzfristige Auslandsverschuldung, die zur Zeit zwischen ausländischen Gläubigern und deutschen Schuldnern schweben, ist der bestimmte Wunsch zutage getreten, dass keinesfalls die ausserhalb der Verhandlungsgruppen stehenden ausländischen Gläubiger besser gestellt sein dürften als die Gruppen, die grundsätzlich bereit sind, sich freiwillige Beschränkungen zu unterwerfen. Diese Erwägungen und die Notwendigkeit, eine sparsame Devisenwirtschaft in Deutschland durchzuführen, haben angesichts der bevorstehenden Eröffnung der Banken dazu geführt, dass das Reich eine allgemeine Devisen-Regelung getroffen hat. Innerhalb der Verordnung sind nicht nur die selbständigen Stillhalte-Abkommen gesichert, sondern es ist selbstverständlich die Bezahlung der Zinsen und Tilgungsquoten zum Fälligkeitstage keinen Beschränkungen unterworfen.

Der Sparkassen-Verkehr für die kommende Woche wird in der Weise geregelt, dass ein Auszahlungsbetrag von je 50 Mark unter den Bedingungen der bisherigen Verordnungen zur Auszahlung freigegeben wird. Im Laufe der kommenden Woche werden die Vorbereitungen getroffen, um für die Sparkassen eine weitergehende Auflockerung des Zahlungsverkehrs herbeizuführen.

+ + +

Entsprechend der Ankündigung der Reichsregierung wird in der kommenden Woche die Aufnahme des normalen Zahlungsverkehrs erfolgen. Es wird am Montag der unbeschränkte Ueberweisungsverkehr innerhalb der zum Ueberweisungsverband gehörigen Institute, am Dienstag der unbeschränkte Ueberweisungsverkehr unter Ausschluss der Ueberweisungen auf Postscheck- und Reichsbankgirokonten, im übrigen ganz allgemein aufgenommen werden. Vom Mittwoch ab werden auch die Ueberweisungen auf Postscheck- und Reichsbankgirokonten und die Barauszahlungen aus Kontokorrent- und Giro Guthaben unbeschränkt zulässig sein, während Abhebungen von Sparkonten bei Banken, Sparkassen und Genossenschaften zunächst noch gewissen Beschränkungen unterworfen bleiben. Die Verordnung, die die Einzelheiten regelt, wird im Laufe des Sonnabends erlassen werden.

SPD. Rom, 1. August (Eig. Drahtb.)

In Genua explodierte am Sonnabend Morgen am Hauptbahnhof kurz vor der Ankunft des italienischen Königspaares eine Bombe. Personen kamen nicht zu Schaden; der Sachschaden ist jedoch ziemlich gross.

Das italienische Königspaar nahm in Genua an dem Stapellauf des neuen Ozeandampfers "Roma" teil. Das Schiff hat kurz nach seiner Weihe durch den König seine Rekordfahrt um das Blaue Band des Ozeans angetreten.

SPD. Auf Anregung der amerikanischen Farm-Verbände hat die amerikanische Regierung der Reichsregierung durch den amerikanischen Botschafter in Berlin vor mehreren Tagen grössere Mengen landwirtschaftlicher Erzeugnisse, insbesondere Weizen und Baumwolle, unter ausserordentlich günstigen Kreditbedingungen anbieten lassen. Die Reichsregierung hat sich bereits grundsätzlich zu der Annahme des Angebots bereit erklärt. Sein Gegenwert beziffert sich auf über eine Milliarde Reichsmark, die zunächst auf zwei Jahre kreditiert werden sollen und zwar zu einem Zinsfuss von  $4\frac{1}{2}$  Prozent.

Die Möglichkeiten der Durchführung des Angebots werden z.Zt. noch erörtert.

SPD. Bochum, 1. August (Eig. Drahtb.)

Der Arbeitgeberverband der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke hat das geltende Lohnabkommen für Rheinland und Westfalen zum 31. August 1931 gekündigt. Die Kündigung erfolgte zum Zwecke neuer Lohnsenkungen.

SPD. Die Zentrale der KPD hatte für Sonnabend, gemäss einer Anweisung aus Moskau, im Reich zu Antikriegskundgebungen aufgerufen. In den meisten Städten wurde die Aufforderung überhaupt nicht befolgt. Wo ihr unter Hängen und Würgen entsprochen wurde, wie in München, kam es zu kleinen Zusammenstössen mit der Polizei. Im grossen und ganzen hatte man den Eindruck, dass die KPD-Parole zur Unterstützung des Stahlhelmbegehrens auf die Aktionskraft der KPD ausserordentlich hemmend wirkt. Das Gros der KPD-Anhänger scheint das verräterische Treiben der KPD-Zentrale überall mit der Abkehr von dieser "Arbeiterpartei" zu beantworten.

+ + +

In Berlin beendeten die Kommunisten ihren Antikriegstag mit einem neuen, blutigen Verbrechen. Indem sie "Krieg dem Kriege" brüllten, schossen sie auf die Polizei und verwundeten einen verheirateten Beamten schwer und verletzten eine Privatperson tödlich. "Krieg dem Kriege", mit der Mordwaffe in der Hand - das ist die KPD!

Als Polizeibeamte sich in der Frankfurter Allee Ecke Mainzer Strasse einem verbotenen kommunistischen Demonstrationszug entgegenstellten, wurden sie aus der Menge heraus beschossen. Der verheiratete Polizeiwachtmeister Viebig, Vater von mehreren Kindern, erhielt einen schweren Rückenschuss. Er brach auf der Stelle zusammen.

Es ist das dritte Mal in wenigen Wochen, dass kommunistische Verbrecher in Berlin auf die Polizei geschossen haben, und das dritte Mal, dass in verhältnismässig kurzer Zeit ein pflichttreuer Beamter das Opfer der verbrecherischen Politik einer angeblichen Arbeiterpartei wurde. Wie die vorausgegangenen Verbrechen, so geht auch die neueste Bluttat ausschliesslich auf das Konto der KPD! Diese Arbeiterpartei kennt seit Monaten kein höheres Ziel, als irregeleitete Menschen gegen die Polizei zu führen. Sie lechzt geradezu nach Blut, um mit den Opfern ihrer Verbrechen von heute morgen neue Verbrechen inszenieren zu können. So wird die KPD von heute immer mehr zu einer Gefahr für die öffentliche Ordnung. Die Konsequenzen, die sich daraus eines Tages ergeben können, haben sich die Thälmann und Konsorten selbst zuzuschreiben:

+ + +

Der Berliner Polizeipräsident teilt mit:

Am Sonnabend-Nachmittag in der Zeit zwischen 15 und 16 Uhr ist es in verschiedenen Stadtteilen Berlins, besonders im Osten und in Moabit zu Demonstrationsversuchen der KPD gekommen. Grössere Ansammlungen bildeten sich in der Frankfurter Allee. Als Polizeibeamte einige Personen zwangsstellen wollten, wurde aus der Menge mit Pistolen geschossen und mit Steinen geworfen. Dabei wurde der Polizeihauptwachtmeister Viebig durch einen Rückenschuss schwer verletzt und eine Zivilperson durch Herzschiessung getötet. Insgesamt konnten 7 Demonstrationszüge aufgelöst werden. 26 Personen wurden zwangsgestellt.

-----

SPD. Dessau, 1. August (Eig. Drahtb.)

Das Volksbegehren in Anhalt, dessen Einzeichnungsfrist am Sonnabend abend 19 Uhr ablief, ist wahrscheinlich gescheitert. Nach dem anhaltischen Gesetz mussten die Rechtsparteien ein Drittel der Wahlberechtigten des Landes, nämlich rund 77 000 aufbringen. Sie erzielten in sämtlichen Städten und in der übergrossen Mehrzahl der Landorte etwa 60 000 Eintragungen. Die noch ausstehenden Orte dürften den erforderlichen Rest kaum aufbringen. Das endgültige Ergebnis ist am Montag zu erwarten.

SPD. Die Deutschnationale Fraktion des Preussischen Landtages hat dem kommunistischen Antrag auf Einberufung des preussischen Parlaments die fehlende Unterstützung versagt. Diesen Fusstritt hatten die Lakeien des faschistischen Stahlhelms nicht erwartet. In dem Hass gegen die Sozialdemokratie werden sie trotzdem weiter die Bundesgenossen der Rechtsputschisten bleiben.

---

SPD. Paris, 1. August (Eig. Drahtb.)

Der grosse Fussmarsch Paris-Strassburg ist von dem Franzosen Godart gewonnen worden. Er legte die 503 Kilometer lange Strecke in 72 Stunden 29 Minuten zurück.

---

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)



SPD. Wien, 1. August (Eig. Drahtb.)

In der Schlusssitzung des sozialistischen Weltkongresses führten Vandervelde und Seitz den Vorsitz, die Präsidenten der Internationale und der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie. Crispien erstattete den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Der Kongress hat 742 Teilnehmer, darunter 115 Frauen, 663 ordentliche Delegierte, 79 Gastdelegierte. Aus 29 Ländern sind 37 Parteien vertreten

Friedrich Adler berichtete über die Vorschläge der Organisationskommission die darauf hinausliefen, die Aktionsfähigkeit der Internationale zu erhöhen, einige kleine Parteien in die Exekutive aufzunehmen, das internationale Büro von 9 auf 11 Mitglieder zu verstärken und zwischen je 2 internationalen Kongressen mindestens 1 internationale Konferenz einzuschieben. Nachdem Roosbroek-Holland den Kassenbericht erstattet, eine Verdoppelung der Beiträge der einzelnen Parteien für 1935 angekündigt und um pünktliche Beitragsleistung für den Matteotti fonds gebeten hatte, wurde die Debatte eröffnet. Die von Paton (Unabhängige Arbeiterpartei von England) begründeten Vorschläge, die Internationale so zu gestalten, dass sie alle Arbeiterparteien der ganzen Welt umfasse und auch mit nationalen Unabhängigkeitsparteien unterdrückter Kolonialvölker in freundschaftliche Verbindung zu treten, wurden von Friedrich Adler mit dem Hinweis darauf bekämpft, dass der grösste Teil dieser Vorschläge bereits in den Satzungen der Internationale begründet und enthalten ist. Die Internationale ist seit dem Hamburger Kongress im Jahre 1923 in der Organisation, in der Festigkeit und in der Einheit der Bewegung in den einzelnen Ländern fortgeschritten und das wollen wir weiter steigern zur Erreichung unseres Zieles. Die Anträge der ILP werden gegen wenige Stimmen abgelehnt, die Anträge der Kommission mit der breits wiederholt erwiesenen gewaltigen Mehrheit angenommen.

Es folgt die Besprechung des in der Nachtsitzung zum Sonnabend gehaltenen Referats von Robert Grimm-Schweiz über die Beratungen der Wirtschaftskommission. Die britische Abgeordnete Mary Agnes Hamilton hebt hervor, was die britische Arbeiterregierung trotz aller Anstrengungen des Finanz- und Unternehmerkapitals geleistet hat, um die Arbeitslosenversicherung aufrecht zu erhalten. Schmidt-Holland fordert unmittelbare Aktion der Internationale. Morris Hillquith (Nordamerika) schildert die gewaltige Krise in den USA mit ihren 10 Millionen Arbeitslosen. Die erste Ursache der Krise war die Ueberrationalisierung, wodurch massenhaft Arbeiter freigesetzt und ihre Konsumtionsfähigkeit ausserordentlich verringert wurde. Wir gehen einem neuen furchtbaren Winter entgegen, wenn nicht die Konjunktur vorher wiederkehrt. Der einige Zusammenschluss der arbeitenden Menschheit allein kann die neue Gesellschaft aufrichten. (lebhafter Beifall.)

Toni Sender hebt den besonderen Charakter der deutschen Krise hervor, die nicht nur aus wirtschaftlichen Ursachen erwächst, sondern in stärkstem Masse von politischen Motiven begründet ist. Sie weist u.a. auch auf die Agitation des ehemaligen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht hin, sie unterstreicht, dass Wirtschaftspolitik heute längst nicht mehr das Spezialgebiet einzelner Wissenschaftler, sondern allgemein ringende Volkssache ist, und schliesst mit folgenden Worten: Wir sind vor diesem Kongress nicht als Bittende getreten, nicht als eine Partei, nicht als Menschen und nicht als ein Land, das Wohltauten empfangen will, sondern in dem Bewusstsein, dass hier die Soldaten sind, die in dem vordersten Schützengraben im Kampfe gegen die Reaktion und den Faschismus als Vorposten der international organisierten Arbeiterschaft stehen. Da werden wir unsere Pflicht erfüllen und ich habe die feste Zuversicht, dass es uns gelingen wird. (Stürmischer Beifall.)

Locker-Palästina unterstreicht, dass die sozialistische Bewegung in Palästina schon begonnen hat, auch für die Besserung der Lage der arabischen Arbeiterschaft einzutreten. - Möller-Schweden: "Wir stimmen für die Resolution, nur muss natürlich den einzelnen Parteien ihre taktische Freiheit bewahrt werden, besonders in der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit und der

40=Stundenwoche. In diesem Punkt sind die Meinungen noch nicht ganz einheitlich".- Gross-Polen begründet besonders die Forderung der Resolution der Verstaatlichung der Banken und erklärt, dass die polnischen Sozialisten die Weisungen der Resolution in den Mittelpunkt des Kampfes stellen wollen. (Beifall).- Im Schlusswort spricht sich Grimm gegen eine Resolution aus, die die ILP eingebracht hat und mit der die bei anderen Punkten bereits abgelehnten Parolen eingeschmuggelt werden sollen. Diese Resolution wird gegen 5 Stimmen abgelehnt, die Resolution der Kommission mit 299 Stimmen angenommen.

Verlesen wird ein Danktelegramm Arthur Hendersons für die Begrüssung durch den Kongress, die ihn tief gerührt habe.

Nun hält Vandervelde die Schlussrede: Dank zu sagen haben wir vor allem den Freunden vom Republikanischen Schutzbund, die während des ganzen Kongresses die Ehrengarde der Internationale gestellt haben. (Stürmischer langanhaltender Beifall). Aber Dank ist zu sagen auch all den Vielen, die sich um die Organisation und die Durchführung des Kongresses bemüht haben, so dem Sekretär der gewaltigen Parteiorganisation Wiens Paul Richter und dem internationalen Sekretär Friedrich Adler. (Stürmischer Beifall).

Man nennt uns Marxisten und das soll ein Schimpfname sein, aber wir nehmen ihn als Ehrennamen an. Gerade die österreichische Sozialdemokratie, diese herrliche Partei Viktor Adlers, gilt als besonders marxistisch. Wir glauben ihr eine würdige Anerkennung zu erweisen, wenn wir ihr die im Treppenhaus aufgestellte Marx-Büste seines Urenkels Longuet als Geschenk überreichen (Lebh. Beifall). Die Führerschaft Viktor Adlers zeigte sich nach seinem Tode am beweiskräftigsten darin, dass er seiner Partei einen solchen Generalstab hat erziehen und hinterlassen können. Wir aber verstehen unter dem Marxismus nicht etwa eine veraltete, versteinerte Lehre. Wir meinen eine Methode des Wissens um die grossen Veränderungen der Gesellschaft, die uns befähigt, die grosse Umwälzung der Politik herbeizuführen, die das Antlitz dieser Gesellschaft verändern soll. (Lebhafte Zustimmung).

Dieser Kongress hat der zerrissenen kapitalistischen Welt die einige Internationale entgegengestellt. Vereint sind wir, vereint im Guten wie im Bösen. Was immer geschehe, diese Einheit wird bleiben, was auch kommen mag. Vereint werden wir kämpfen unter dem roten Banner und mit dem Ruf: "Es lebe die Internationale!"

Der Kongress erhebt sich, wiederholt dreimal brausend den Hochruf und singt in allen hier vertretenen Sprachen die erste Strophe der Internationale.

Vandervelde, dem die Kongressteilnehmer durch stürmischen Beifall ihre Verehrung und Dankbarkeit bekunden, erklärt den Kongress für geschlossen. Die deutsche Delegation stimmt den Sozialistenmarsch an, worauf die Deutsch-Oesterreicher und die Zuhörer mit dem "Lied der Arbeit" antworten. Unter stürmischen, viel hundertfachen Freundschaftsrufen zwischen den Zuhörern und den Kongressteilnehmern geht die Tagung auseinander.

SPD. Wien, 1. August (Eig. Drahtb.)

In dem nach Matteotti benannten gewaltigen Gemeindewohnbau im Wiener Arbeiterbezirk Meidling wurde am Sonnabend die Gedenktafel feierlich enthüllt die die Bewohner des Hauses dem Andenken des Märtyrers gewidmet haben. Zahlreiche Mitglieder des Weltkongresses, darunter die italienische Delegation und zahlreiche in Wien lebender italienischer Emigranten, waren unter der Führung von Vandervelde und Turati zur Feier erschienen. Ausserdem natürlich Hunderte Wiener Arbeiter.

Abgeordneter Dr. Ellenbogen feierte das Andenken Matteottis als des unerschrockenen Vorkämpfers der gequälten italienischen Arbeiterschaft. Vander=

velde hielt die Festrede. In ergreifenden Worten schilderte er das Leben und den Kampf des grossen Toten. Kurz vor seiner Ermordung hat Matteotti in Brüssel gesprochen. Es war ihm bereits anzumerken, dass er die ständige Bedrohung empfand, die über seinem Leben hing. Er sprach in Brüssel die Worte, dass die Freiheit und die Demokratie wie die Luft und das Licht sind, und erst ihr Verlust zeigt, was man an ihnen verloren hat. Drei Tage, nachdem Matteotti in der römischen Kammer gesagt hatte, seine Tage seien gezählt, ist er von den feigen Mördern verschleppt und hingeschlachtet worden. Jaurés, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Kurt Eisner, Matteotti sind zwar hingemordet, aber der Sozialismus ist unsterblich.

Turati, der eigentlich die Gedenkrede halten sollte, war verhindert, weil die deutsch-österreichische Regierung ihm und den anderen italienischen Delegierten zum Weltkongress die Einreise nur unter der Bedingung gestatten sollte, dass sie nicht ausserhalb des Kongresses das Wort ergreifen.

### Der Weltkongress der Arbeit.

SPD. Wien, 1. August (Eig. Drahtb.)

Die roten Fahnen der Sozialdemokratie und das rot-weiss-rote Banner der Republik Deutsch-Oesterreichs sind vom Konzerthaus verschwunden. Der Kongress der 800 Vertreter sozialistischer Parteien aus 29 Staaten ist mit einer ebenso feierlichen wie herzlichen Rede Vanderveldes geschlossen worden, der unter stürmischem Beifall dem roten Wien mit seinen 400.000 politisch organisierten Parteifreunden und der opferfreudigen, unermüdlichen Verteidigungsarbeit des Republikanischen Schutzbundes für die glänzende Veranstaltung dieser Tagung dankte.

Nachdem die Internationale Frauen-Konferenz einen begeisternden Auftakt geboten hatte, die Eröffnungsfeier des Kongresses alle Herzen in Bann geschlagen, der grandiose Fackelzug und der unermessliche Aufmarsch die Arbeitersportler der ganzen Welt mit dem arbeitenden Volk von Wien und den Gesandten der Sozialisten aller Länder vereinigt hatte, verliefen die ersten Arbeitstage mehr geschäftsmässig und ordnungstechnisch. Das Hauptinteresse galt der Politischen Kommission, in der über die Gefahren für die deutsche Demokratie und über den Abwehrkampf gegen den Faschismus mit ernster Sorge wie mit zuversichtlichem Kampfgeist beraten wurde. Natürlich rückte das deutsch-französische Verhältnis in den Vordergrund. Die grosse politische Debatte mit der Rede Léon Blum's und die meisterhafte Rede Rudolf Breitscheid's brachten die stärkste Bekundung des Willens der Arbeitermassen beider Länder, nie wieder voneinander zu lassen und in unverbrüchlicher Solidarität zusammenzuarbeiten gegen jede nationalistische Hetze und auch gegen jede Bosheits- oder Dummheits-Politik bürgerlicher Pfuscher. Internationale Solidarität forderte der Kongress auch in dem Referat Otto Bauers und in der Kundgebung an die Arbeiter der Welt und besonders Deutschlands. Internationale Solidarität auch über das Proletariat hinaus, Solidarität durch sofortige Gewährung ausreichender Mittel aus den nutzlos daliegenden Goldmassen Frankreichs und Amerikas an das notleidende, von furchtbarer Krise geschüttelte, vom wirtschaftlichen Zusammenbruch und dann von faschistischer Gewaltherrschaft bedrohte Deutschland. Würde aber der Arbeiterschaft der legale Kampfboden der Demokratie geraubt, so würde sie zu anderen Kampfmitteln gezwungen werden.

Hier und fast bei allen Punkten, auch in der wirtschaftspolitischen Debatte, deren Ergebnis ein wegweisender Beschluss des Kongresses ist, versuchten die Vertreter der Unabhängigen Britischen Arbeiterpartei und ihnen nahestehende kleine Gruppen in anderen Ländern Parolen durchzusetzen, die radikal klingen, aber bei näherer Besichtigung sowohl der Angabe der Mittel zur Macht-

ergreifung wie jeder Empfehlung für den Gebrauch der eroberten Macht erman= geln. Der Kongress hat alle diese Versuche mit über 300 gegen nur 5 - 7 De= legationsstimmen abgelehnt. Die Antragsteller hatten sich sehr energisch für ihre Vorschläge eingesetzt, aber sie nahmen die Entscheidung des Kongresses als demokratische Sozialisten ohne jede unfreundliche Kundgebung hin. Die Sozi= alistischen Parteien sind so gross geworden, die Internationale ist so um= fassend, dass in ihnen auch Platz für weitgehende taktische Meinungsverschie= denheiten ist.

Die Redner der Opposition - wenn man diesen Ausdruck gebrauchen will - hatten auch an der Politik der deutschen Sozialdemokratie Kritik geübt. Aber auch die Vertreter der ILP haben sich der Erkenntnis nicht verschlossen, dass in der gegenwärtigen Situation die einzig richtige deutsche sozialistische Politik ist, nichts zu tun, was den Faschismus ans Ruder bringen könnte. Und gerade das Referat Otto Bauers wie sein Schlusswort wurden so zu einer ver= ständnisvollen Würdigung dieser Gründe, und die gleiche, überwältigende Kongress= mehrheit wie sonst hat sich ihm angeschlossen.

So hat der Kongress den vollen Einklang sowohl der deutschen und der französischen Arbeiterschaft als auch - durch die herzlichen Worte des in Brest=Litowsk gemarterten Dr. Liebermann - der deutschen und der polnischen Sozialdemokratie gebracht. Im Bewusstsein der Solidarität der Sozialistischen Parteien der ganzen Welt, die in ihren Ländern alles zugunsten einer Hilfe für Deutschland tun wollen und die sich mit der von Otto Bauer geforderten Klarheit und Deutlichkeit für die Revision der Friedensverträge, für die Be= seitigung ihrer Ungerechtigkeiten einzusetzen verstanden haben, führt die deutsche Sozialdemokratie den schweren, aber notwendigen und siegesgewissen Kampf um die Erhaltung der Demokratie, um die Vermeidung des Bürgerkrieges, um die Rettung der deutschen Wirtschaft und der deutschen Arbeiterschaft wil= len, führt sie diesen Kampf als Vortrupp des Weltproletariats in dem Ringen um die Befreiung der arbeitenden Menschheit von dem versagenden Kapitalismus.

---

# Aus aller Welt

## Abrüstung bei Bannermans.

Krise im grössten Kriegsausrüstungsunternehmen der Welt - Verschwindende Waf=  
fenschuggelromantik.

SPD. New-York, Ende Juli (Eig. Ber.)

Sie werden es nicht glauben, aber es ist doch so: das Revolutionsbelieferungsgeschäft in Amerika ist heute kein "Geschäft" mehr. So behauptet wenigstens Herr Frank Bannerman - und er muss es wissen. Denn er und sein Bruder stehen an der Spitze der Firma "Bannerman & Söhne, die auf ihrem Gebiet das grösste Privatunternehmen der Welt ist. Die Firma handelt mit Militärausrüstungsartikeln aller Art, Kanonen, Gewehren, Revolvern, Munition, Uniformen, kurz mit allem und jedem, von Tapferkeitsmedaillen angefangen bis zu Kanonenbooten, was auch nur im entferntesten Zusammenhange mit dem Kriegsgewerbe steht.

### Konkurrenz Deutschland?

"Das Revolutionsbelieferungsgeschäft ging stets ganz ausgezeichnet, bis es vor wenigen Jahren plötzlich abbrach", meint Bannerman, wie ihn der Reporter in seinem Hauptbüro auf dem Broadway aufsucht. "Die gesamten Geschütze und alle Munition, die bei den Revolutionen in Süd- und Zentralamerika verwendet werden, scheinen aus Belgien und Deutschland geliefert zu werden. Fast das gesamte Material, Maschinengewehre, Flinten, schwere Geschütze und Munition werden in der Form von Einzelteilen aus diesen Ländern nach Schweden oder Norwegen verschifft, dort zusammengesetzt und dann an die Bestimmungsländer abgesandt. Diese Länder können viel billiger als wir arbeiten und riesige europäische Fabriken müssten zum Teil stillgelegt werden, wenn diese Exportmöglichkeit nicht vorhanden wäre.

### Erst Barzahlung!

"Natürlich standen wir auch in der guten alten Zeit, da noch die Revolutionen in Kuba und Zentralamerika wie die Pilze aus dem Boden schossen, mit den Revolutionären nicht in direkter Geschäftsverbindung. Private kauften Waffen und Munition auf eigene Rechnung und holten selbst die gekauften Waren aus unseren Lagern ab, nachdem sie an unserm Schalter bar bezahlt hatten. Und wenn dann unsere Waren kurze Zeit später bei irgend einer Revolution in Guatemala oder Mexiko zum Vorschein kamen, waren wir durchaus nicht überrascht.

"Wir haben niemals mit vollständigen Kanonenbooten und Kriegsschiffen gehandelt, wie man sich überall erzählt. Wir haben zum Beispiel einmal eine Yacht mit Geschützen und Munition für die Flotte von Haiti ausgerüstet. Natürlich haben wir auch Gewehre und ähnliches an süd- oder mittelamerikanische Regierungen im Wege ihrer Konsulate verkauft.

### Ausgerechnet Pfadfinder - -

"Neben den Deutschen und Belgiern sind die Pfadfinder an dem Rückgang unseres Geschäftes am meisten schuldtragend. Vor Gründung der Pfadfinderorganisationen hatten wir mit der Belieferung von Knaben- und Jünglingsbrigaden und verschiedenen militärischen Vereinigungen von Jugendlichen viel zu tun. Aber die Pfadfinder kaufen ja nur mehr Hüte und billige Zelte...

"Vor kurzem mussten wir unser ganzes Geschäft reorganisieren. Für den Absatz kommen heute hauptsächlich unsere Bestände in Frage, die sich für Museumszwecke eignen und diejenigen, die für zivile Zwecke umgearbeitet werden können. Wir arbeiten Mannschaftsgewehre in Jagdflinten um und liefern seltene Stücke

an Antiquitätenhändler und Waffensammler.

"Aber die schönen Zeiten, da noch jeder veraltete Springfield-Karabiner oder jede schwerfällige Krag-Repetierflinte, die wir bei einer Auktion der amerikanischen Heeresverwaltung für einen Spottpreis erstanden, gleich nach Südamerika verkauft werden konnten, wo sie unter Bananenbäumen oder auf der sonnenüberglühten Plaza irgend einer Hauptstadt zu neuem Leben erwachten, sind längst vorüber. Entschwunden ist auch die Romantik der über die Grenzen geschmuggelten Colt-Revolver und Mauser-Gewehre."

#### Eine Dynastie.

Indes gibt es offenbar noch genug Leute, auf die Präzisionsmordwaffen einen gewissen Zauber auszuüben, denn auch auf dem eiligen Broadway sammeln sich vor den Auslagen Bannermans stets zahlreiche Menschen an. Bannermans verfügen in der Tat über ein gewaltiges Warenlager und im Museum und im Arsenal der Firma auf der Bannerman-Insel in Hudson befinden sich noch Hunderte von Geschützen, die der Gründer des Hauses, Francis Bannerman V. nach Beendigung des Bürgerkrieges von der Regierung gekauft hat. Heute liegt das Geschäft in den Händen Francis Bannermans VII. und seines Bruders David, die es im Jahre 1918 von ihrem Vater Francis Bannerman VI. geerbt haben.

#### Vom Dolch bis zur Streitaxt.

Der 350 Seiten umfassende Katalog bildet eine anregende Lektüre für nachkriegerischen Ehrenstrebende Jugendliche oder für Seeräuberaspiranten. Denn er enthält so verschiedenartige Waren wie ein 50kalibriges Gatting-Maschinengewehr (Schiffsadjustierung), "sehr geeignet für unternehmungslustige Vergnügungsreisende, die in Gewässern kreuzen, wo Piratengefahr besteht" und deutsche Radschloss-Arkebusen aus dem 17. Jahrhundert, die jedem Museum zur Zierde gereichen würden. Da finden sich die ersten Modelle von Colt-Dragonerrevolvern und Hotschkiss-Büchsen, Vicker-Maxim-Maschinengewehre, die Skarpschen Flinten der Pioniere des Wilden Westens und die ersten Mausergewehre. Da gibt es algerische Dolche, Rapiere aus der Zeit König Georg III., Flottenoffizierssäbel, Barongs von den Philippinen, indische Speere, sudanesischer Reitschwärter, maurische Yatagane, Bontok-Streitäxte und malaische Kris - von den Legionen von Espadones, Tantos, chinesischen Schwertern und mexikanischen Macheten gar nicht zu reden.

Auf der im oberen Hudson gelegenen Bannerman-Insel mit ihren mit Türmen und Zinnen versehenen Mauern, ihrem kleinen Hafen, ihren Docks und Lagerstätten gibt es aber nicht nur solche veralteten Waffen, sondern auch modernste Geschütze und hochexplosive Munition.

Und so kann man sicher sein, dass in einer Zeit, in der so viel von Abrüstung und Aechtung des Krieges gesprochen wird, zumindest zwei Männer solchen Bestrebungen gegenüber von erbittertster Feindschaft erfüllt sind: die Brüder Bannerman!

K=n.

700 Kilometer Grönlandeis. Major Scott, einem Mitglied der englischen Ostgrönlandexpedition, gelang in einem 700 Kilometer langen Marsch die Durchquerung des grönländischen Inlandeisplateaus von Angmagalik nach Ivitut. Die Strecke war bisher nur zum Teil kartographisch festgelegt. Frühere Arbeiten Nansens fanden durch den Marsch Scotts wertvolle Ergänzungen.

Vetternwirtschaft bei der Devaheim. Der hinter der Devaheim-Bauspargesellschaft stehende Zentralausschuss der inneren Mission hat eine Erklärung des Inhalts ausgegeben, dass er nicht gewillt sei, Verfehlungen zu decken. Tatsächlich hat aber der Zentralausschuss für innere Mission monatelang zu dem Korruptionssumpf in seinen Reihen geschwiegen. Insbesondere

kann die Vetternwirtschaft in den Devaheimkreisen den verantwortlichen Leitern der "Inneren Mission" nicht bekannt gewesen sein.

Aufsichtsrat sämtlicher Gesellschaften war Pastor Dr. Cremer in Potsdam, der zur Zeit ebenso wie der Generaldirektor der Devaheim, Wilhelm Jeppel, als Beschuldigter von der Staatsanwaltschaft vernommen wird. Sein 24 Jahre alter Sohn war Vorstandsmitglied der "Deuzag", der "Heimstätten- und Boden-Credit-Anstalt" und der "Isotra"; sein anderer Sohn, ein 28jähriger Architekt, hatte eine massgebliche Stellung bei der Baugenossenschaft des "Deutsch-evangelischen Volksbundes", seine Tochter leitete ein evangelisches Erholungsheim in Juist und sein Schwager ist Kurdirektor des Ostseebades Heiligendamm geworden, das vom Devakonzern erworben worden war.

Auch der Oberkirchenrat der evangelischen Kirche ist bereits vor Monaten über die Vettern- und Pastorenwirtschaft im Devaheimkonzern aufgeklärt worden, ohne dass er eingegriffen hätte. Indes richten sich nunmehr die Strafanzeigen, die bei der Staatsanwaltschaft eingegangen sind, nicht nur gegen die zuerst allein verantwortlich gemachte Geschäftsleitung, sondern auch gegen einige ihrer Hintermänner. Unter diesen findet man u.a. den Rechtsanwalt und Notar Dr. Brandes, der eine ganz besondere Rolle als Verteidiger der völkischen Bombenleger in Schleswig-Holstein gespielt hat. Brandes hat sich ebenso wie Rechtsanwalt Lütgebrune dadurch ausgezeichnet, dass er den angeklagten schleswig-holsteinischen Bauern Riesenhonore abgenommen hat. Dieser patentierte völkische Vorkämpfer für nationale Ehre und Sauberkeit war von den Verfehlungen der Geschäftsleitung seit langem auf das genaueste unterrichtet. Es wird ihm weiter vorgeworfen, dass er ebenso über die rechtswidrige Verwendung der Spargelder unterrichtet war. Ausserdem wird behauptet, dass zwischen Dr. Brandes und dem Prokuristen der Devaheim, Dr. Lanser, ein Abkommen gestattet, sich in schwebenden Prozessen nicht auf Vergleichsverhandlungen einzulassen: Dr. Lanser sollte die Prozesse Dr. Brandes zuschanzen und dafür 50 Prozent des Anwaltshonorars erhalten.

Zum Schutz der geschädigten Gläubiger und Bausparer - zur ersten Gruppe gehört übrigens auch mit einem Betrag von rund 300 000 Mark Ex-Kaiser Wilhelm - wurde nunmehr der "Schutzverband der Gläubiger und Bausparer des Devaheimkonzerns" gegründet, an dessen Adresse Berlin W.35, Potsdamerstrasse 113, Villa 5 (Rechtsanwalt Dr. Oppen) sämtliche Anmeldungen und Anfragen zu richten sind.

+ + +

Gold auf Novaja Semlja? Zwei russische Geologen haben auf der Eismeerinsel Novaja Semlja Goldvorkommen entdeckt. Die Nachforschungen werden in vergrössertem Rahmen fortgesetzt werden.

+ + +

Tödlicher Wespenstich. Auf dem Bahnhof Commentry (England) wurde ein 39jähriger Zugführer von einer Wespe ins linke Ohr gestochen. Wenige Stunden später starb der Beamte an einer durch den Wespenstich hervorgerufenen Gehirnähmung.

+ + +

Abgeschaffte Sklaverei. Der Kaiser von Abessinien Ras Tafari hat sich auf Drängen Englands bereit erklärt, die Sklaverei in seinem Reiche abzuschaffen. Es soll in Abessinien über zwei Millionen Leibeigene geben, deren Befreiung übrigens auch schon durch die ökonomische Situation bedingt wird, die sich durch den Vormarsch der maschinellen Technik auch in diesem Lande ständig verändert.

+ + +

Heiligsprechung einer Nonne? Eine Abordnung hervorragender amerikanischer Katholiken ist auf dem Wege zum Papst in Rom, um von ihm die Heiligsprechung einer im Jahre 1821 verstorbenen Nonne zu erwirken. Die betreffende Nonne soll zahlreiche Klöster in Nordamerika gegründet haben.

-----



## Der nordfranzösische Streik.

SPD. Paris, Ende Juli (Eig. Ber.)

Der grosse Streik in der Textilindustrie von Roubaix-Tourcoing und Umgebung ist nach einer Dauer von 10 Wochen an der Widerstandskraft des Unternehmerverbandes, d.h. des Textilkonsortiums, an der mangelhaften Organisation der französischen Textilarbeiter, an dem Verrat der Kommunisten und an der zweifelhaften Haltung der belgischen Gewerkschaften gescheitert. All diese Faktoren bewirkten, dass von Mitte Juli ab grosse Teile der streikenden Arbeiter, vor allem die unorganisierten, die kommunistischen und die belgischen, die Waffen streckten, und die Arbeit unter den vom Konsortium festgesetzten Bedingungen wieder aufnahmen. Das schlechte Beispiel wirkte ansteckend, die Streikfront der sozialistischen Gewerkschaften wurde immer schwächer, und schliesslich blieb den wenigen tausend Arbeitern, die zum Durchhalten entschlossen waren, nichts anderes übrig, als ebenfalls den Kampf aufzugeben und wieder in die Fabriken zurückzukehren.

Der Abbruch des Streiks bedeutet aber nicht, wie man vielleicht annehmen könnte, eine Niederlage der Arbeitnehmer. Im Gegenteil: die Arbeiter haben dank der entschlossenen Haltung der sozialistischen Gewerkschaften mit diesem Streik zweierlei erreicht. Sie haben die Einheitsfront der Unternehmer durchbrochen, und sie haben das Textilkonsortium zum Verzicht auf die ursprünglich beabsichtigte Lohnsenkung gezwungen. Das zweite Ergebnis wäre allerdings auch ohne einen langen Streik zu erreichen gewesen. Allein die Arbeiter hofften anfangs, durch eine gemeinsame Aktion die Unternehmer zum Verzicht auf jede Lohnkürzung veranlassen zu können. Das ist ihnen nicht gelungen.

Die Situation nach dem Streik ist folgende: etwa zwei Drittel der Arbeiterschaft, d.h. rund 85 000 Mann, die in den dem Textilkonsortium angeschlossenen Unternehmungen beschäftigt sind, haben auf die ihnen bisher gezahlte Anwesenheitsprämie in Höhe von etwa 4 % des Lohnes verzichten müssen, während die übrigen 40 000 Arbeiter, die bei den nicht organisierten, bzw. aus dem Textilkonsortium ausgetretenen Unternehmern tätig sind, anstelle der Anwesenheitsprämie eine Lohnerhöhung um 3 % erhalten, die allerdings vom 15. September ab auf 1 % herabgesetzt wird. Diese vermittelnde Lösung bildete in den letzten Wochen das Streitobjekt. Sie war von den Gewerkschaften, mit Ausnahme der kommunistischen, angenommen, vom Textilkonsortium dagegen, dessen Mitglieder völlig unter dem Kommando des stramm arbeiterfeindlichen Generalsekretärs Ley stehen, abgelehnt worden. Das Konsortium hätte sicherlich seine ablehnende Haltung aufgeben müssen, wenn sämtliche in seinen Fabriken tätigen Arbeiter noch kurze Zeit durchgehalten hätten.

Die Arbeiter haben nicht umsonst gekämpft. Was war denn die ursprüngliche Absicht der Unternehmer? Das Textilkonsortium hatte am 9. April der Arbeiterschaft angekündigt, dass die Fabrikbesitzer infolge der allgemeinen Wirtschaftskrise und der damit bedingten Absatzminderung gezwungen sei, vom 20. 4. ab die Löhne um 10 % zu senken. Sie wollten also gemäss der bekannten kapitalistischen Wirtschaftstheorie auf Kosten der Arbeiter die Produktionskosten senken und dadurch den Absatz beleben. Die Arbeiterschaft erhob dagegen Protest. Die Regierung griff ein. Das Konsortium vertagte zunächst die Durchführung der Lohnsenkung bis zum 11. und dann bis zum 18. Mai. Die inzwischen geführten Verhandlungen brachten kein Ergebnis, und so begann am 18. Mai der Generalstreik.



Die geradezu stiernackige Haltung des Konsortiums im weiteren Verlauf des Kampfes ist bekannt. Ermuntert wurden die Scharfmacher durch die Tatsache, dass die zahlreichen belgischen Arbeiter, die in den Textilunternehmungen beschäftigt sind, durch Vermittlung ihrer Verbände zwar nicht offen, aber hinter dem Rücken der französischen Gewerkschaften sich bereit erklärten, auf die Anwesenheitsprämie zu verzichten. Sie konnten das tun, weil die Lebenshaltungskosten in Belgien bedeutend niedriger sind als in Frankreich; andererseits übte die belgische Regierung einen Druck auf sie aus; denn sie erhielten als "unfreiwillig" Streikende aus dem Krisenfonds der Regierung eine Unterstützung und man drohte ihnen mit Entzug der Hilfe, wenn sie nicht bald auf den Vorschlag der Unternehmer eingingen. Das Konsortium öffnete im Hinblick auf die Streikmüdigkeit der Belgier am 22.6. wieder die Betriebe. Grossen Erfolg hatte es damit zunächst noch nicht, es war jedoch eine Bresche in die Streikfront geschlagen. Der danach vom Ministerpräsidenten Laval gemachte, den Unternehmern entgegenkommende, Vorschlag, bei Abschaffung der Anwesenheitsprämie eine Lohnerhöhung von 3 % zu gewähren, die vom 15.9. ab auf 1 Prozent ermässigt werden sollte, war dem Konsortium immer noch zu weitgehend. Dagegen erklärten sich zahlreiche unabhängige Industrielle mit diesem Vorschlag einverstanden, und einige Mitglieder des Konsortiums, denen die wochenlange Stilllegung der Betriebe grossen Schaden zugefügt hatte, traten aus dem Unternehmerverband aus. Nunmehr kam es am 4. Juli zwischen den sozialistischen und christlichen Gewerkschaften einerseits und etwa 60 Firmen andererseits zu einem Abkommen auf der Basis des Laval'schen Vorschlags, der bis Mai 1932 in Kraft bleiben soll. Dem Abkommen traten weitere 60 Firmen bei.

So war der Augenblick gekommen, auf den das Konsortium mit zynischer Ruhe gewartet hatte. Die in den Konsortialfabriken tätigen unorganisierten Arbeiter, vor allem die Frauen, deren Widerstandskraft infolge der erlittenen Entbehrungen gebrochen war, hielten die Fortsetzung des Streiks für nutzlos und strömten in immer grösseren Massen in die Betriebe zurück, zumal das Konsortium mit endgültiger Entlassung drohte. Dazu kam, dass die Kommunisten infolge des Scheiterns ihrer Krawallaktionen heimlich für die Wiederaufnahme der Arbeit Stimmung machten. So blieb den sozialistischen Gewerkschaften schliesslich nichts anderes übrig, als den Streik abzublasen.

Die Lehre des Streiks? Eine fest und umfassend organisierte Arbeiterschaft ist in der nordfranzösischen Textilindustrie unbedingt erforderlich. Noch ist der Friede mit der Beendigung des Streiks keineswegs hergestellt. "Es ist", so schreibt das Pariser Gewerkschaftsorgan "Le Peuple", "unmöglich, gegenüber Leuten vom Schlage der Mitglieder des Textilkonsortiums die Waffen niederzulegen. Zwischen ihnen und der Arbeiterschaft kann nur die Macht entscheiden."

---

SPD. "Da steckt noch Geld!" Unter dieser Ueberschrift bringt der "Berliner Lokal-Anzeiger" eine illustrierte Schilderung über "Luxus und Komfort im Bernauer Gewerkschaftspalast". Unwillkürlich fragt man sich: Was soll denn diese Schilderung jetzt? Die Schule des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Bernau ist bereits ein ganzes Jahr in Betrieb. Bei ihrer Eröffnung hat sich für sie die Rechtspresse nicht so lebhaft interessiert als jetzt.

Des Rätsels Lösung ist einfach. Die Arbeiterpresse hat im Anschluss an den Zusammenbruch der bankrotten Wirtschaftskapitäne auf deren Verschwendungssucht hingewiesen, die auf Schloss "Hohehorst" der Bremer Textilkönige Lahusens förmlich Orgien gefeiert hat. Von diesen Dingen müssen die Mitläufer der Hugenberg und Hitler abgelenkt werden und daher entdecken jetzt, auf einmal die rechtsradikalen Zeitungen "Luxus und Komfort im Bernauer Gewerkschaftspalast".

Der "Luxus" besteht, wie aus den vom Lokalanzeiger selbst gebrachten Bildern ganz klar und deutlich hervorgeht, in Schlichtheit und Einfachheit. Der Lokalanzeiger regt sich auf über "Eins von den sechzig nach Süden gelegenen Schlafzimmern". Darin ist nichts zu sehen als zwei einfache Bettstellen, zwei Waschbecken, ein Kleiderschrank, ein Tisch und ein paar Stühle. Er regt sich auf über "Die Küche mit elektrischem Kartoffelschäler, Geschirrwäscher und anderen menschliche Arbeitskräfte verdrängenden Maschinen." Sollte der ADGB etwa sich aus einem Museum eine Kücheneinrichtung von anno Tobak kommen lassen? Schliesslich bringt der "Lokalanzeiger" noch als Beweis für den "Luxus und Komfort" der Bernauer Schule eine "Teilansicht des glasgedeckten Ganges, der vor der rauhen Aussenwelt schützt." Zum Totlachen! Die armen Leute des Lokalanzeigers haben wohl noch nie in ihrem Leben ein Glasdach gesehen.

Ein Glanzstück von Stupidität und Frechheit - diese Hetze gegen den "Luxus und Komfort im Bernauer Gewerkschaftspalast". Umgekehrt könnte man die Frage aufwerfen, ob in Bernau die Materialsachlichkeit und Schlichtheit nicht übertrieben wurden. Ein bisschen mehr Komfort und Bequemlichkeit hätte wahrscheinlich nichts geschadet. Komfort - von Luxus wollen wir erst gar nicht reden - ist gerade das, was man in der Bernauer Gewerkschaftsschule vergeblich sucht. Wer Luxus und Verschwendung sehen will, der muss schon nach Bremen oder nach München reisen. Dort sind die neuesten Luxusrekorde: Lahusens "Hohehorst" und Hitlers "Braunes Haus".

SPD. Der Internationale Bund der Maschinisten und Heizer hat dieser Tage in Kopenhagen seinen Kongress abgehalten. Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Wirtschaftskrise und der Angriff der Unternehmer auf den Lohn.

In einer vom Kongress angenommenen Entschliessung wird auf den wirtschaftlichen Schiffbruch des Lohnabbaus mit schärfstem Nachdruck hingewiesen. In Übereinstimmung mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund wird die Einführung der 40 Stundenwoche ohne jede Aenderung des gegenwärtigen Lohnniveaus gefordert. Nur so könne die Kaufkraft gehoben oder jedenfalls stabilisiert werden. Vom Internationalen Arbeitsamt in Genf müsse erwartet werden, dass den Regierungen baldigst passende Vorschläge zur internationalen Regelung der Arbeitszeit auf der Basis der Anregungen des IGB unterbreitet werden. Für die Maschinisten und Heizer sei im Hinblick auf die durch die Rationalisierung erzwungenen höheren Arbeitsergebnisse die Einführung der Sechsstundenschicht pro Tag und zwar ohne Lohnkürzung spruchreif. Ebenso sei ein besserer Schutz für Leben und Gesundheit zur Eindämmung der steigenden Unfallziffer geboten. Von Genf erwarte man vor allem Vorschläge zwecks gesetzlicher Regelung der Dampfkesselkontrolle. Diese Kontrolle müsse vorgenommen werden unter Beteiligung der Angehörigen des Heizerberufs, wie sie bereits in einigen Ländern bestehe.

Der bisherige Präsident der Internationale, Klebe-Berlin, und ihr Sekretär Balleng-Berlin wurden wiedergewählt.

SPD. Der Stahlhelm, Landesverband Westmark, will durch freiwilligen Arbeitsdienst sechs grössere Projekte für Flussregulierung und Meliorationen in Westdeutschland durchführen. - Dass es sie durchführen will, glauben wir gern. Die Frage ist nur, woher das Geld kommt. Man wird den Herrschaften genau auf die Finger sehen müssen. Das gilt auch für den Drill zum Streikbruch, der dem Stahlhelm besonders viel Freude macht. Erst dieser Tage haben sich in Apolda beim Streik der städtischen Arbeiter Stahlhelmlaute als Streikbrecher angeboten. In der vom Bürgermeister eingesetzten Technischen Nothilfe - sie wurde eingesetzt, obwohl die Gewerkschaften für die Verrichtung der Notstandsarbeiten in den lebenswichtigen Betrieben Sorge getragen hatten - befinden sich fast durchwegs Jungstahlhelmer im Alter von 18 bis 25 Jahren.



## Küchenmeister.

(Verschachtelung verhindert Kontrolle.)

SPD. Die vor einigen Tagen zusammengebrochene Deutsche Ultraphon ist ein Glied des Küchenmeisterkonzerns. Seele dieses Konzerns ist der Ingenieur Heinrich Küchenmeister. Der Mann ist eine ganz hervorragende technische Begabung. Leider hat ihm die Natur auch die Vorliebe für kaufmännische Konstruktionen mitgegeben. Der Ingenieur Küchenmeister ist als Kaufmann geradezu mit dem Leiden behaftet, komplizierte Konzerngebilde zu konstruieren. Wenn man ein Schulbeispiel für eine unübersichtliche, durch und durch ineinandergeschachtelte Konzerngestaltung haben will, dann braucht man sich nur den Küchenmeisterkonzern anzusehen. Er lässt an Unübersichtlichkeit und Künstlichkeit des Aufbaus nichts zu wünschen übrig.

Zuerst war da die Heinrich Küchenmeister u.Co.Kommanditgesellschaft, deren Inhaber Küchenmeister war. 1925 gehörte die Kommanditgesellschaft wie auch ihr Inhaber zu den Gründern der Deutschen Ultraphon AG, zu deren Aufgabenkreis die Fabrikation und der Vertrieb von Schallplatten gehört. Als das Unternehmen gut einschlug, begann sofort eine gross angelegte Expansionspolitik, die vor allem nach dem Ausland gerichtet war. Es wurden Niederlassungen in Holland, in der Schweiz, in Schweden, Frankreich und England gegründet. Die rührige Konzernleitung begnügte sich nun nicht mit der Gründung ausländischer Zweigunternehmungen, sondern verlegte allmählich das finanzielle und organisatorische Zentrum des Konzerns von Deutschland weg nach Holland. Für Deutschland blieb lediglich die Aufgabe, seine, auf Kosten der deutschen Gesamtheit glänzend ausgebildeten Arbeitskräfte dem Werk zur Verfügung zu stellen, während die finanzielle Ausbeute dieser Arbeit dem holländischen Kapital und Herrn Küchenmeister zugeführt wird. In Holland befindet sich die Spitzengesellschaft des gesamten Unternehmens, das ausser den Schallplatteninteressen auch Tonfilminteressen verfolgt. Die Spitzengesellschaft - die NV Küchenmeisters Internationale Acoustic Gesellschaft mit einem Stammaktien-Kapital von 30 Millionen Gulden - hat drei Untergesellschaften, die ihrerseits die Dachgesellschaften für die Grammophon-, Klangfilm- und Radiounternehmungen im Gesamtkonzern bilden, so dass also der Konzernaufbau in dreifacher Stufung angeordnet ist. - In der Internationalen Ultraphon AG sind die Grammophoninteressen zusammengefasst, während die Internationale Matschapij AG die Holding Gesellschaft für die Radiointeressen des Konzerns ist. Die dritte Rahmengesellschaft ist die Küchenmeister Sprechfilmgesellschaft, in deren Portefeuille die Mehrheit der Aktien des Tonbildsyndikats (Tobis) ruht. - Küchenmeister kontrolliert also von Holland aus wesentliche Teile der europäischen Tonfilm-, Radio- und Schallplattenindustrie.

Die jetzt notleidende Deutsche Ultraphon AG ist vollkommen in Händen der Internationalen Ultraphon, der holländischen Rahmengesellschaft. Die Uebertragung auf das Ausland ist der Deutschen Ultraphon AG, die ursprünglich gute Profite abwarf, garnicht bekommen. Die Gesellschaft, deren Eigenkapital man aus leicht ersichtlichen Gründen recht niedrig gehalten hat, (jetzt etwa 1,5 Millionen), war zur Abwicklung ihres umfangreichen Geschäfts dauernd auf Kredit angewiesen, der ihr von der holländischen Muttergesellschaft z.T. auch direkt von den holländischen Konzernbanken zur Verfügung gestellt wurde. Sehr zum

Schaden des deutschen Betriebs hat man aber keine langfristigen, sondern lediglich kurzfristige Kredite, mit einer Laufzeit bis zu drei Monaten, erhalten. Da die Kredite nun plötzlich gekündigt bzw. weitere Kredite nicht bewilligt wurden, kann die Gesellschaft ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen. Es fragt sich nun, warum die Banken nicht länger stillhalten wollen? Nachrichten, die vermutlich auf die Konzernverwaltung zurückgehen, wollen dafür die allgemeine Vertrauenskrise in Deutschland verantwortlich machen. Diese mag schon eine Rolle spielen, erklärt aber die Situation keineswegs vollständig. Denn die Banken haben auch ganz spezielle Gründe, die sie jetzt zu einem so scharfen Vorgehen veranlassen. Einmal macht sich eine gewisse Abkühlung gegenüber der Riesenexpansion der Küchenmeister-Unternehmungen bemerkbar. - Gewiss, Küchenmeister hat es weit gebracht; er hat seine Hand in den wichtigsten und modernsten Industrien. Vom Radio bis zur Kunstseide - überall steckt Küchenmeister dazwischen. Aber diese Allmacht ist auch nicht umsonst zu haben; innerhalb der letzten 1½ Jahre hat Küchenmeister insgesamt 4 Millionen Gulden aufgenommen. Kreditgeber sind holländische und deutsche Banken. (Interessant wäre es im übrigen zu erfahren, wieviel die Privat- und Commerzbank, die zu den deutschen "Bankenfreunden" Küchenmeisters zählt, nun eigentlich zu bekommen hat.)

Jedenfalls hat die Aera der Zusammenbrüche die "befreundeten Banken" etwas bedenklich gestimmt; sie verlangten energisch ihre Gelder von der obersten Rahmengesellschaft der Accoustiee zurück. Diese war gezwungen, ein lombardiertes Paket eigener Aktien loszuschlagen. Ihr Kurs sank darauf hin an den holländischen Börsen fast um ein Drittel. Die Accoustiee steht also seit Wochen schon unter schwerem Druck. Die Folge war, dass auch die Beteiligungs- und Tochtergesellschaften in Bedrängnis gerieten. Die Internationale Ultraphon AG hielt sich an ihre Untergesellschaft, die Deutsche Ultraphon AG, von der sie Gelder in Höhe von etwa einer Million zu fordern hatte. Da mit der deutschen Ultraphon AG dies Verschachtelungssystem ein Ende hat, kann sie sich nun nicht an ihre Tochtergesellschaften halten, sondern muss entweder in die Tasche greifen oder die Zahlungen einstellen. Man hat sich nun zu dem letztern entschliessen müssen, was auf die Finanzklemme des Gesamtkonzerns ein bezeichnendes Licht wirft. -

Im übrigen bildet die Deutsche Ultraphon AG sicher eine sehr schwache Stelle im Gesamtkonzern. Leiter der deutschen Gesellschaft war Direktor Klaus, der jetzt, vermutlich aus Anlass der letzten Ereignisse, ausgeschieden ist. Er soll angeblich die Konzernleitung über die geschäftliche Lage der hiesigen Unternehmen getäuscht haben; er soll auch den erforderlichen Abbau der Unkosten viel zu lange hinausgezögert haben. Wenn das stimmt, so zeigt sich klar und deutlich die betriebswirtschaftliche Gefahr des internationalen Verschachtelungssystems, das die Uebersicht nicht bloss für den aussenstehenden Beobachter unmöglich macht, sondern auch für die Konzernleitung. Dass die Leitung auch sonst nicht genügend Vorsorge für eine Kontrolle der Geschäftsführung getragen hat, ersieht man daraus, dass mit ihrem Willen die eigentliche Geschäftsleitung Herrn Klaus übertragen wurde, obgleich er nicht Vorstand der Gesellschaft war, sondern Sonderbevollmächtigter des Aufsichtsrats. Damit war die Geschäftsführung und die Kontrolle über diese Geschäftsführung derselben Person anvertraut, so dass die Versuchung zu Verschleierungsmanövern sehr nahe lag, so nahe, dass man der Leitung die Mitschuld an den Verfehlungen geben muss:

-----

SPD. Die Dresdner Bank ist unter den deutschen Grossbanken eine verhältnismässig junge Gründung. Sie ging kurz nach dem Kriege von 1870 aus dem angesehenen Bankgeschäft von Kaskel in Dresden hervor. Etwa um 1880 tat sie den Sprung nach Berlin, von wo aus sie in das internationale Geldgeschäft - sie hatte vor dem Kriege eine Filiale in London, die liquidiert werden musste - eindrang. Nach den Krisen in den 90iger Jahren erfolgte eine starke Expan-

sion, die sie in die Reihe der deutschen Grossbanken stellte.

Unter diesen Erwerbungen befand sich auch die im Jahre 1904 übernommene Deutsche Genossenschaftsbank von Soergel & Parrisius in Berlin und Frankfurt am Main. Damit drang die Dresdener Bank in das bürgerliche Genossenschaftswesen ein und die Genossenschaftsabteilung ist auch in den letzten Jahren eine der Milchkuhe der Dresdener Bank gewesen. In diesem Zusammenhang ist auch der Giroverband der Dresdener Bank zu nennen, der 1865 gegründet wurde und der nach der letzten Bilanz etwa 1145 städtische Kreditgenossenschaften erfasst.

Es ist anzunehmen, dass der Umschlag hier nicht all zu bedeutend ist. Jedoch sieht man, wie weit sich der Fall der Dresdener Bank evtl. auswirken kann.

Nach der letzten Bilanz ist das Kapital der Dresdener Bank mit 100 Millionen Mark ausgewiesen, wozu Reserven in Höhe von 34 Millionen treten. Wie alle anderen Grossbanken hat die Dresdener Bank für reiche stille Reserven gesorgt. Das Unternehmen fühlte sich so stark, dass es sich auf Transaktionen einliess, die man immerhin als Experimente hätte bezeichnen können, wenn man nicht gewusst hätte, dass die stillen Reserven der Dresdener Bank reichlich bedacht wurden. Wir denken dabei an die Gründung der Spar- und Kreditanstalt für deutsche Beamte und Angestellte im November 1929. Damit übernahm die Dresdener das Beamtengeschäft der in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Bank für Deutsche Beamte und der Reichsbundbank. Die seltsamen Geschäfte dieser Institute z.B. mit adligen Persönlichkeiten und mit Bildern, die man hoch belieh und in Amerika nicht absetzen konnte, dürften ja bekannt sein und haben gerichtliche Sühne gefunden. Bei dieser Uebernahme scheint aber die Dresdener immerhin ohne Verluste gefahren zu sein. Viel schlimmer war die ebenfalls im Jahre 1929 erfolgte Uebernahme der Pleite gegangenen Ostbank für Handel und Gewerbe in Berlin und Königsberg. Das war eine Hugenbergsche Bank und Hugenberg hat eine Zeit lang diese Bank, die sich um das Kreditwesen des deutschen Ostens kümmern sollte, dazu benutzt, um die Sparpfennige der Landwirtschaft im Osten aufzusaugen und für seine Zwecke in Berlin zu benutzen. Ähnliches hat ja dieser Herr auch mit einer ausgesprochenen Siedlerbank, der Landbank, versucht. Als die Ostbank unter Druck dieses Aussaugesystems in die Pleite ging, überliess Hugenberg sie ihrem Schicksal und die Dresdener Bank hat damals, wahrscheinlich unter Zureden der Reichsregierung, Herrn Hugenberg den Gefallen getan, die Pleite der Ostbank zu übernehmen. Hier dürfte die Dresdener Bank eine ganz starke Ohrfeige erhalten haben.

Aber selbst diese Hugenbergsche Ohrfeige hätte die Dresdener mit ihrer reichen Reserve verschmerzen können. Es kamen aber die Erschütterungen des deutschen Kredits nach den Hitlerwahlen, verbunden mit dem Einfrieren der deutschen Industriekredite, und die Dresdener Bank hat gelegentlich ihrer letzten Bilanzbesprechung den binnen 3 Monaten erfolgten Kreditverlust von einer Viertel Milliarde Mark auf die Hitlerwahlen zurückgeführt.

Man kann schon ruhig sagen, dass die gegenwärtigen Schwierigkeiten des Instituts, die sich selbstverständlich auf die Arbeitsmärkte und auf die Beschäftigungsmöglichkeit auswirken müssen, in direktem Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Demagogie stehen. Wie in keinem anderen Falle sind die Zusammenhänge klar zu erkennen.

Ueber den Status der Bank besagt die Monatsbilanz der Dresdener für Ende Juni folgendes: An Einlagen, Kreditoren, verlor die Dresdener Bank von Ende März 1931 bis Ende Juni 1931 weit über 200 Millionen Mark. Allein im Juni verringerten sich die Kreditoren von 2032 Millionen Mark auf 1814 Millionen Mark. Dass das über die Kräfte des Instituts gehen musste, weil die an Industrie gegebenen Kredite nicht loszueisen sind, braucht nicht besonders betont zu werden. Die von der Dresdener Bank gegebenen Kredite sind zweifellos zum bedenklichen Teil fürs erste nicht flüssig zu machen. Die Debitoren machten Ende März etwa 1102 Millionen Mark aus. Sie stiegen bis Ende Mai auf 1067 und konnten bis Ende Juni nur auf 1029 Millionen Mark abgebaut werden. Der Wechselbestand sank von 310 auf 269 Millionen Mark, dagegen erhöhten sich die Akzepte in stärkster Masse, von 119 auf 201 Millionen Mark.

## Weitere Abbröckelung.

(Berliner Getreidebörse vom 1. August 1931)

SPD. Die Berliner Produktenbörse verkehrte am Sonnabend in sehr ruhiger Haltung. Die Absatzmöglichkeit hielt sich in allerengsten Grenzen, zumal die neuen Diskonterhöhungen jede Unternehmungslust hemmten. Obwohl das Angebot an neuem Weizen keineswegs gross oder dringlich war, konnten sich die Preise dennoch nicht behaupten, weil sich die Mühlen bei dem schleppenden Mehlschäft nur wenig aufnahmefähig zeigten. Auch die Roggenpreise bröckelten wieder ab. Immerhin lässt sich feststellen, dass an der Küste bessere Preise als in Berlin erzielt werden, sodass sich das Angebot der Landwirtschaft vorzugsweise nach der Küste richtete. Mehl hatte weiter sehr kleinen Absatz. In beiden Sorten wurde nur der allernotwendigste Tagesbedarf gekauft. Die Preise zeigten gleichfalls rückläufige Tendenz. Für Hafer ergaben sich keine Preisveränderungen. Das Geschäft war aber still. Für Wintergerste war die Stimmung lustlos, in Sommergerste hat sich das Geschäft noch nicht entwickelt.

	31. Juli	1. August
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	198 - 200	196 - 198
Roggen	146 - 147	145 - 146
Neue Wintergerste	137 - 147	137 - 147
Hafer	147 - 153	147 - 153
Weizenmehl	28,00 - 36,00	27,00 - 35,50
Roggenmehl	22,25 - 25,75	21,75 - 25,00
Weizenkleie	11,75 - 12,00	11,25 - 11,50
Roggenkleie	10,75 - 11,00	10,50 - 10,75.

SPD. Der Reichsregierung liegt ein amerikanisches Angebot vor, gegen langfristige Kredite Weizen und Baumwolle zu übernehmen. Das Angebot beleuchtet die Lage in den nordamerikanischen Rohstoffindustrien, wo sich unter Einfluss der Absatzkrise die Vorräte in bedenklichem Masse gesteigert haben, sodass man unter allen Umständen die Lager räumen muss, um die neue Ernte unterzubringen.

Für Lieferung nach Deutschland kommt Baumwolle in Frage. Hier wird eine Ergänzung der deutschen Lager, die in letzter Zeit stark abgesunken sind, notwendig sein. Aber auch das Weizenangebot wird zu erörtern sein. Wir haben allerdings in Deutschland ab Mitte August eine Vermahlungsquote für deutschen Weizen in Höhe von 97 %. Diese Quote kann selbstverständlich nicht das ganze Jahr durchgehalten werden. Die deutsche Mühlenindustrie braucht auch für die Qualitätsverbesserung ihrer Mehle Auslandsweizen. Hier konnte man die amerikanischen Offerten zurückgreifen.

## Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 1. August. Amtliche Notierung ab Erzeugung, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 121, II. III, abfallende Sorten 97 Mark. Tendenz: Ruhig.